
Berliner Debatte Initial

1

32. Jg. 2021

Vor der Abwicklung

Pasternack

Nachleben der
DDR-Gesellschaftswissenschaften

Groth

Mediävistik:
Wer macht Geschichte?

Loheit

Ästhetische Grundbegriffe

Schubert

China:
ein werdendes Imperium?

Daxner

Kosmopolitismus

Autorinnen und Autoren

Joachim Allhoff, Dr.
Sozialwissenschaftler, Heilbronner Institut
für angewandte Marktforschung,
Hochschule Heilbronn

Ulrich Busch, Dr. oec. habil.
Finanzwissenschaftler, Leibniz-Sozietät der
Wissenschaften zu Berlin

Michael Daxner, Prof. Dr. Dr. h.c.
Soziologe und Konfliktforscher,
Universität Potsdam

Christian Dietrich, PD Dr.
Historiker, Europa-Universität Viadrina
Frankfurt/Oder

Franziska Drescher, Prof. Dr.
Psychologin, Heilbronner Institut für ange-
wandte Marktforschung,
Hochschule Heilbronn

Simon Groth, Dr.
Historiker, Köln

Norbert Hagemann, Dr.
Politikwissenschaftler, WeltTrends Institut
für Internationale Politik, Potsdam

Wladislaw Hedeler, Dr.
Historiker, Berlin

Dirk Jörke, Prof. Dr.
Politikwissenschaftler, Technische
Universität Darmstadt

Martin Küpper, M. A.
Philosoph, Berlin

Rainer Land, Dr. sc. oec.
Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler,
Potsdam

Jan Loheit, M. A.
Sozialwissenschaftler, Friedrich-Schiller-
Universität Jena

Nicola Marsden, Prof. Dr.
Psychologin, Heilbronner Institut für ange-
wandte Marktforschung,
Hochschule Heilbronn

Peer Pasternack, Prof. Dr.
Sozialwissenschaftler und Zeithistoriker,
Institut für Hochschulforschung (HoF),
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Gunter Schubert, Prof. Dr.
Sinologe und Politikwissenschaftler,
Eberhard Karls Universität Tübingen

Dieter Segert, Prof. Dr. i. R.
Politikwissenschaftler, Wien und Berlin

Daniel Benedikt Stienen, M. A.
Historiker, Bayerische Akademie der
Wissenschaften, München

Constanze Stutz, M. A.
Soziologin, Technische Universität Dresden

Vor der Abwicklung. Gesellschaftswissenschaften in der DDR (1970–1990)

Zusammengestellt von Christian Dietrich

Editorial	2	<i>Christian Dietrich</i> Entwicklung zwischen den Zeilen. Selbstauskünfte der DDR-Geschichtswissenschaft	61
<i>Peer Pasternack</i> Die Dimensionen des Nachlebens der DDR-Gesellschaftswissenschaften			
	6	* * *	
<i>Jan Loheit</i> Zwischen kritischer Innovation und postmoderner Rekonversion. Das „Wörterbuch der ästhetischen Grundbegriffe“			
	18	China – ein werdendes Imperium? Ein Gespräch mit <i>Gunter Schubert</i>	70
<i>Martin Küpper</i> Philosophie in der DDR. Methodologische Bemerkungen zur Philosophiegeschichtsschreibung			
	26	<i>Michael Daxner</i> Kosmopolitismus, Weltbürgertum, Global Citizenship – der Himmel hängt voller Begriffe	82
<i>Simon Groth</i> Wer macht Geschichte? Über den Umgang mit Königen und Kaisern in der Mittelalterforschung der DDR			
	36	<i>Dirk Jörke</i> Konvivialismus oder Die Ohnmacht des Sollens	103
	36	<i>Franziska Drescher, Joachim Allhoff, Nicola Marsden</i> Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie: Was beeinflusst ihre Akzeptanz?	108
<i>Daniel Benedikt Stienen</i> Wie aus Friedrich „dem Zweiten“ wieder Friedrich „der Große“ wurde – oder auch nicht. Zur „Preußen-Renaissance“ in der DDR			
	48		

BESPRECHUNGEN UND REZENSIONEN

Matthias Steinbach: „Also sprach Sarah Tustra“. Nietzsches sozialistische Irrfahrten Rezensiert von <i>Ulrich Busch</i>	123	Vladimir Nevežin: Stalins Reden auf den Empfängen im Kreml und im Führungszirkel Rezensiert von <i>Wladislaw Hedeler</i>	132
Gunnar Decker: Zwischen den Zeiten. Die späten Jahre der DDR Rezensiert von <i>Dieter Segert</i>	126	Vincent Streichhahn, Frank Jacob (Hg.): Geschlecht und Klassenkampf. Die Frauenfrage aus deutscher und internationaler Perspektive im 19. und 20. Jahrhundert Rezensiert von <i>Constanze Stutz</i>	139
Katja M. Yang: Contemporary Urban China. Moder- nisation and Social Attitudes Rezensiert von <i>Norbert Hagemann</i>	129		

Editorial

Es ist aus der Mode gekommen, von Gesellschaftswissenschaft zu sprechen. Auch das Mehrzahlwort „Gesellschaftswissenschaften“ ist heute wenig gebräuchlich, und das, was es meint, firmiert schon länger unter anderen Sammelbezeichnungen, beispielsweise im Untertitel dieser Zeitschrift. Insofern ist es überraschend, dass die Online-Ausgabe des Duden einen Eintrag „Gesellschaftswissenschaft“ enthält und drei Bedeutungen dieses Wortes nennt: Erstens beziehe es sich auf Soziologie, Politikwissenschaften und Volkswirtschaftslehre. Zweitens seien damit alle Wissenschaften gemeint, die sich mit dem gesellschaftlichen Leben befassen. In einer dritten Bedeutung sei das Wort in der DDR gebraucht worden, nämlich als Name für ein Studienfach.

Für die in diesem Heft debattierten Fragen ist die zweite Bedeutung des Wortes wichtig: „Gesellschaftswissenschaften“ bezeichnete im marxistischen Umkreis und in den realsozialistischen Ländern die „Gesamtheit der Wissenschaften von den gesellschaftlichen Verhältnissen der Menschen“, wie es im von Georg Klaus und Manfred Buhr herausgegebenen „Philosophischen Wörterbuch“ (Leipzig 1974, S. 487) heißt. Dieser kanonisierten Selbstbeschreibung zufolge bildeten die „marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften [...] eine Gesamtheit philosophisch-weltanschaulicher und philosophisch-soziologischer (dialektischer und historischer Materialismus, Erkenntnistheorie, Ethik, Ästhetik), einzelwissenschaftlich-systematischer (politische Ökonomie, Staats- und Rechtstheorie, Sprachwissenschaften, Soziologie, Sozialpsychologie)

und historischer [...] Disziplinen“ (ebd., S. 489), deren Entwicklung vor allem geprägt werde von der „Wissenschaft von der Führung des Klassenkampfes und der Leitung der sozialistischen Gesellschaft“ (ebd.).

Selbstbeschreibungen wie diese lieferten die Vorlage für die herablassenden Urteile, die im Nachhinein und von Außenstehenden über die Gesellschaftswissenschaften in der DDR gefällt wurden. Wer als Maßstab an sie etwa die Trennung von Wissenschaft und Politik anlegte, vermochte in den DDR-Gesellschaftswissenschaften kaum mehr zu erkennen als bestenfalls protowissenschaftliche, parteiische Ideologieproduktion, die im gesamtdeutschen Wissenschaftsbetrieb nicht satisfaktionsfähig war. Trotz dieser Ausgrenzung blieben die DDR-Gesellschaftswissenschaften als Gegenstand des Forschungsinteresses bestehen. Mit ihrer institutionellen Abwicklung ab 1990 begann das, was Peer Pasternack ihr „Nachleben“ nennt. Dieses rege, bis heute anhaltende Nachleben hat verschiedene Dimensionen und zeigt sich unter anderem in der großen Anzahl einschlägiger Publikationen, aber auch in Kontroversen darüber, wie die Leistungen der DDR-Gesellschaftswissenschaften rückblickend zu bewerten seien. Der medienöffentliche Diskurs, in dem die entsprechenden Deutungskämpfe ausgetragen werden, scheint, trotz Differenzierungen, auch mehr als dreißig Jahre nach der deutschen Einheit um Gering-schätzung und moralische Verurteilung einerseits, Rechtfertigung und Verteidigung andererseits gruppiert.

Der Themenschwerpunkt „Vor der Abwicklung“ rückt eine Phase in der Entwicklung der

DDR-Gesellschaftswissenschaften ins Zentrum, die in der wissenschaftshistorischen Forschung bislang wenig Aufmerksamkeit fand. Die Beiträge untersuchen exemplarisch Themen und Projekte der philosophischen und historischen Disziplinen, die in den 1970er und 1980er Jahren diskutiert und realisiert wurden. Den Autoren geht es nicht zuletzt um die Frage, wie sich zeitgenössische Wissenschaftsgeschichte produktiv mit den DDR-Gesellschaftswissenschaften auseinandersetzen kann und was es dabei – jenseits eingespielter Reflexe – zu entdecken gibt.

So zeigt sich beispielsweise in Einschätzungen zur DDR-Historiographie eine Schiefelage. Das wird selten deutlicher als im Archiv. Während sich in der Öffentlichkeit wie in der Wissenschaft das Bild festgesetzt hat, die DDR-Geschichtswissenschaft sei bis zu ihrer Abwicklung politisch überdeterminiert und eigenständige Forschung kaum möglich gewesen, lässt sich beim Besuch der relevanten Universitätsarchive feststellen, dass die Aktenbestände der 1970er und 1980er Jahre oft noch gar nicht systematisch erschlossen sind. Tatsächlich thematisieren die meisten Studien zur DDR-Geschichtswissenschaft nur die Etablierungsphase der Disziplin und gehen selten auf die Zeit nach der dritten Hochschulreform ab 1967/68 ein.

Die Diskrepanz zwischen Wissen und Meinen ist unbefriedigend. Dabei lässt sich an der Entwicklung der DDR-Historiographie auch die Entwicklung der DDR-Gesellschaft ablesen. Trug die Geschichtswissenschaft bis zu ihrem Ende einerseits am Erbe der 1950er Jahre, wozu gehört, dass an der plakativen Rhetorik eines politischen Auftrags festgehalten wurde, verwissenschaftlichte sie sich andererseits in ihren letzten zwei Dekaden, was sich u. a. in der Reformulierung von Forschungsfragen sowie der Eröffnung neuer Forschungsfelder zeigte. So liegt die Vermutung nahe, dass die Ambivalenz von stalinistischen Anfängen und Reformversuchen, von plumper Parteilichkeit und kreativer Devianz für das Wirken der DDR-Historiographie genauso maßgeblich war, wie sie auch die DDR-Gesellschaft charakterisiert.

Die Beiträge des Themenschwerpunkts

verbindet das wissenschaftshistorische Interesse an der DDR-Geschichtswissenschaft wie den DDR-Gesellschaftswissenschaften insgesamt, denn die 1970er und 1980er Jahre fanden – abgesehen von den großen Kontroversen und Konflikten – bis jetzt in der Forschung zur DDR-Geschichtswissenschaft und in der Auseinandersetzung mit den Gesellschaftswissenschaften in der DDR nur wenig Beachtung. Diese Beobachtung war Anlass für die Tagung „Wissenstransfer über Grenzen und Zeitenwenden. Die Wissenschaftsgeschichte der Gesellschaftswissenschaften in der DDR (1970–1989)“, die im April 2020 an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder stattfinden sollte. Geplant war, am Beispiel der Soziologie, Literaturwissenschaft, Geschichtswissenschaft und Philosophie die Gesellschaftswissenschaften der 1970er und 1980er Jahre komparatistisch zu beleuchten. Pandemiebedingt konnte die Zusammenkunft nicht vor Ort stattfinden. Statt das Programm digital durchzuführen, wurden die Vortragsmanuskripte als Reader an die Konferenzteilnehmer:innen verschickt. Sie hatten die Möglichkeit, die Beiträge mit Anmerkungen und Fragen zu versehen, die wiederum von den Autoren kommentiert und beantwortet wurden.

Der Schwerpunkt versammelt ausgewählte Tagungsbeiträge in überarbeiteter Form. Eröffnet wird er mit einer Analyse der „Dimensionen des Nachlebens der DDR-Gesellschaftswissenschaften“. *Peer Pasternack* gibt einen Überblick über die Forschung zu den DDR-Gesellschaftswissenschaften nach 1990 und bietet ein Decodierungsschema an, das die quellenkritische Arbeit mit dem historischen Material erleichtern kann. Die beiden folgenden Beiträge widmen sich den philosophischen Disziplinen: *Jan Loheit* untersucht die Geschichte des „Wörterbuchs der ästhetischen Grundbegriffe“, eines Aushängeschildes der DDR-Gesellschaftswissenschaften, das nach 1990 fortgesetzt werden konnte. Das Wörterbuch-Projekt beruhte auf einer Idee des Romanisten Karlheinz Barck und reagierte auf die Herausforderungen marxistischer Theorie, die sich aus der mit dem Niedergang des Fordismus einsetzenden Veränderung der Arbeits-

welt und der Debatte um die Postmoderne ergaben. Schnittmengen haben Loheits Ausführungen mit der Intervention von *Martin Küpper*. Er kritisiert an der Forschung zur Philosophie in der DDR zu viel Anekdoten und „politisch-ideologische Kämpfe“ und zu wenig Auseinandersetzung mit den Gegenständen und Texten. In konstruktiver Absicht skizziert er ein alternatives methodisches Vorgehen.

In den drei anschließenden Aufsätzen stehen die historischen Disziplinen im Zentrum. Im innerdeutschen Vergleich stellt *Simon Groth* die unterschiedlichen Entwicklungen der Mediävistik in der DDR und der Bundesrepublik heraus und kommt zu dem Ergebnis, dass die DDR-Mittelalterforschung sich der zunächst entledigten Herrschergeschichte im Laufe der 1970er und 1980er Jahre wieder annäherte. *Daniel B. Stienen* beschäftigt sich mit den in der Forschung diskutierten Gründen für die Preußen-Renaissance der 1980er Jahre und mit den Wandlungen des Preußenbildes in der DDR-Geschichtswissenschaft. Anschließend argumentiert *Christian Dietrich*, dass die Professionalisierung der Geschichtswissenschaft sich selbst dort abzeichnete, wo es vielleicht am wenigsten vermutet wird: in der für die Legitimation des Staates ausgesprochen relevanten Faschismusforschung.

Bis auf Peer Pasternack sind die Autoren des Themenschwerpunkts Wissenschaftler, die mindestens zehn Jahre nach dem Systemumbruch zu studieren begannen. Die Debatten nach 1990, deren Polemik zu einem guten Teil durch das eigene Erleben der Beteiligten begründet war, sind für sie selbst schon Gegenstand der Wissenschaftsgeschichte. In ihrem Forschungsinteresse an den DDR-Gesellschaftswissenschaften zeigt sich jedoch eine nicht stillzustellende Unruhe und ein generationsübergreifendes Bedürfnis, „sich ein haltbares Bild von der DDR zu machen“, wie *Dieter Segert* in diesem Heft (S. 126) schreibt. Im Hinblick auf die Gesellschaftswissenschaften kann das heißen, Kontroversen aufzuarbeiten, die ins Geistesleben der DDR ausstrahlten, herausragende Forschungsleistungen zu würdigen, und den Wissenschaftsalltag zu

untersuchen. Ein neuer, unbefangenerer Blick auf die DDR-Gesellschaftswissenschaften könnte dazu beitragen, diese als Teil einer gesamtdeutschen Geistesgeschichte nach 1945 ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Außerhalb des Schwerpunkts setzen wir die in Heft 4/2020 begonnene Debatte über Chinas Aufstieg zur Weltmacht fort: Im Rekurs auf den Begriff des Imperiums diskutieren *Gunter Schubert* und *Rainer Land*, welches theoretische Rüstzeug sich eignet, um Chinas globalpolitisches Verhalten zu verstehen. *Michael Daxner* widmet sich in seinem Essay drei schillernden Konzepten für das friedliche Zusammenleben in einer globalisierten Welt: Kosmopolitismus, Weltbürgertum und Global Citizenship. Er findet unterschiedliche Zugänge, um das Potential dieser Konzepte aufzuweisen, und skizziert Handlungsfelder weltbürgerlicher Politik. Ein globaler Anspruch liegt auch dem 2020 erschienenen „Zweiten Konvivialistischen Manifest“ zugrunde, mit dessen politischen Forderungen und theoretischen Prämissen sich *Dirk Jörke* kritisch auseinandersetzt. Der in *Berliner Debatte Initial* schon mehrfach diskutierte Konvivialismus (z. B. Heft 4/2015, 3/2019), der auf eine neue Art bzw. Kunst des Zusammenlebens zielt, verstricke sich aufgrund der im Manifest durchscheinenden Individuumzentrierung in Widersprüche. Die Vermittlung von Selbstsorge und Gemeinwohl ist gerade in der Corona-Krise eine der zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. *Franziska Drescher*, *Jochim Allhoff* und *Nicola Marsden* präsentieren Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, in der nach der Akzeptanz von Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung gefragt wurde. Ihre Analysen legen den Schluss nahe, dass für politische Entscheidungen in Zeiten der Pandemie neben naturwissenschaftlicher und medizinischer Expertise auch sozialwissenschaftliches Wissen relevant ist.

Christian Dietrich
Thomas Möbius
Thomas Müller

Peer Pasternack

Die Dimensionen des Nachlebens der DDR-Gesellschaftswissenschaften

Die Gesellschaftswissenschaften in der DDR umfassten die historisch-hermeneutischen Geisteswissenschaften und die empirisch-analytischen Sozialwissenschaften, ergänzt um allerlei Ideologieproduktion. Nach 1990 hatten diese ihre staatlich unterhaltenen Strukturen verloren, verbunden mit massenhafter Exklusion ihres Personals aus den (anschließend neu aufgebauten) Institutionen. Daraufhin bildete sich eine sog. Zweite Wissenschaftskultur, institutionell abgestützt durch selbstorganisierte Vereine, in denen die DDR-Gesellschaftswissenschaften ein intensives Nachleben entfalteten. Sowohl aus dieser Zweiten Wissenschaftskultur heraus als auch jenseits dieser wurde zugleich eine umfängliche Dokumentation, Zeitzeugenberichterstattung und Historisierung betrieben, die zu einer kaum noch rezipierbaren Literaturflut führten.¹

1990ff.: Konkurrierende Bewertungen

Etwa 25 Prozent der ostdeutschen Geisteswissenschaftler:innen haben die Wissenschaftstransformation als Wissenschaftler überlebt. Bei den Sozialwissenschaften konnten ca. 20 Prozent des ostdeutschen Personals in der Wissenschaft verbleiben. Das heißt umgekehrt: Etwa drei Viertel bzw. vier Fünftel waren aus den Strukturen herausgefallen.² Ein allgemeines Einvernehmen darüber, dies als im Ganzen notwendig oder überwiegend problematisch oder bei aller Problematik notwendig zu bewerten, hat sich bis heute nicht entwickelt.

Manche verweisen darauf, dass es doch, unterm Strich betrachtet, recht zivilisiert zu-

gegangen sei, mit zig ABM-Stellen, Finanzierungen aus dem Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP), großzügigem Vorruhestand ab 55 usw. – zivilisiert jedenfalls, wenn man sich die umgekehrte Situation vorstelle, dass die DDR die Bundesrepublik geschluckt hätte. Diese Imagination hat durchaus eine starke Plausibilität. Immerhin war bis 1989 aus den DDR-Gesellschaftswissenschaften ein steter Fluss an Sortierungen der nicht-marxistischen-leninistischen Theorieproduktion nach deren jeweiligen kognitiven Verfehlungen gekommen, und zwar in Scharfrichtermanier zu den Akten gegeben.

Hätte angesichts dessen dann etwa ein Jürgen H. die Chance bekommen, nach seiner Evaluierung als „entwicklungsfähig“ am Lehrstuhl eines Hans St. (vormals Parteihochschule „Karl Marx“ in Berlin/DDR und nun in Frankfurt am Main auf der Eckprofessur für Historischen Materialismus) eine auf drei Jahre befristete Oberassistentenstelle zu besetzen, um sich für eine etwaige Dauerstelle (außerordentliche Dozentur) im Bereich „Kritik der bürgerlichen Soziologie“ zu qualifizieren? Oder hätte man H. eine Umschulung zum Agitationstexter oder Betriebsökonom zugewiesen? Oder ihn in die Produktion geschickt, auf dass er einen Zugang zum herrschaftsprallen Diskurs der herrschenden Arbeiterklasse finden möge?

Jürgen Mittelstraß, Philosoph in Konstanz und in den 1990er Jahren in zahlreichen Gremien aktiv, hatte 2002 einem Unbehagen anderer Art Ausdruck verliehen: „Wenn ich als altes Wissenschaftsratsmitglied, das sowohl im Evaluationsausschuss als auch im Struktur-

ausschuss und in vielen Kommissionen beider Ausschüsse gedient hat, einen Wunsch frei haben sollte, dann den, das wir – und sei es auch nur auf eine mehr oder weniger symbolische Weise – gutzumachen versuchen, was damals, bewirkt durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, an persönlichem Unrecht geschah gegenüber Akademieangehörigen, die, obgleich von bewiesener Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzureichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden. Und ebenso gegenüber Hochschullehrern, die wiederum trotz dokumentierter Leistungsfähigkeit der Abwicklung ihrer Einrichtungen zum Opfer fielen. Hier ist in zu vielen Fällen nicht nur fahrlässig mit der Ressource Geist umgegangen worden, sondern auch Würde und Leben einzelner Wissenschaftler verletzt worden.“ (Mittelstraß 2002: 32)

Ort und Anlass dieser Intervention war eine Veranstaltung unter dem Titel „10 Jahre danach“, auf der Akteure des Wissenschafts-umbaus der 1990er Jahre ihr Tun und dessen Wirkungen bilanzierten (vgl. Stifterverband 2002). Folgen hatte die Intervention nicht.

Uneinheitliche DDR-Gesellschaftswissenschaften

Zunächst integrierte der Begriff „Gesellschaftswissenschaften“ zwei Fächergruppen: die Geisteswissenschaften als die historisch-hermeneutischen und die Sozialwissenschaften als empirisch-analytische Disziplinen. Beide waren in den realsozialistischen Ländern begrifflich zusammengefasst worden, nämlich als die Wissenschaften von der Gesellschaft, die nicht in idealistischer Tradition unterschieden werden sollten zwischen den Wissenschaften von den Ideen und den Wissenschaften vom Handeln. Diese waren definiert als die „Gesamtheit der Wissenschaften von den gesellschaftlichen Verhältnissen der Menschen, von den Gesetzmäßigkeiten und Triebkräften ihrer geschichtlichen Entwicklung“ (Eichhorn 1976: 487).

Durch internationale Tendenzen zur Soziologisierung der Geisteswissenschaften (in der DDR etwa die Arbeiten zur Rezeptions-

theorie in den Literaturwissenschaften) und zur Kulturalisierung der Sozialwissenschaften (in der DDR etwa die Religionssoziologie) gab und gibt es zwar Auflösungen der starren Grenze (wie es auch eine marxistische normativ-ontologische Brücke zwischen beiden Fächergruppen gab). Doch zumindest hilfsweise scheint es sinnvoll, die DDR-Gesellschaftswissenschaften intern nach den beiden Fächergruppen zu unterscheiden – nicht zuletzt, weil in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen tendenziell eine stärkere Orientierung an den universalistischen Normen der Wissenschaft gepflegt wurde als in den sozialwissenschaftlichen. Funktionalistisch zugespitzt ließe es sich auch so sagen:

Zum einen brauchte man einen *Plan des sozialistischen Aufbaus*: Marx und Engels hatten sich wohlweislich dessen Formulierung enthalten, und Lenins einschlägige Schriften dazu sind aufgrund der Zeitumstände taktisch verunreinigt. Daher sollten nun die Gesellschaftswissenschaften Module des Aufbauplans liefern, wobei die allgemeine Richtung im Grundsatz durch historische Gesetzmäßigkeiten feststand. Aus beidem versuchte dann die Partei, das Programm des sozialistischen Aufbaus zu zimmern. Hier waren zuarbeitend vor allem die sozialwissenschaftlichen Disziplinen – Wirtschaftswissenschaften, Pädagogik, Soziologie insbesondere – gefragt.

Andererseits wurde *Legitimation* benötigt. Zwar hatte der Historische Materialismus nach vorherrschender Ansicht bereits die Gesetzmäßigkeiten bereitgestellt, denen die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft folge. Doch Gesetzmäßigkeiten sind unanschaulich und bedurften daher der anschaulich gemachten Belege. Letztere sollten Geschichts-, Literatur-, Kunst- und Musikwissenschaften, also die geisteswissenschaftlichen Disziplinen, liefern.

Ein allgemeines Einvernehmen über die Bewertung der nach-1989er Vorgänge in den ostdeutschen Geistes- und Sozialwissenschaften scheidert daran, dass die Betrachter jeweils ganz verschiedene Personengruppen, die bis 1989 wirkten, vor Augen haben:

(1) Die einen sehen vor allem die Parteiarbeiter an der ideologischen Front, welche diese als Forschungsfront missverstanden. Hier

wirkte sich auch aus, dass die DDR-Gesellschaftswissenschaftler:innen zum großen Teil keinen kritischen Ideologiebegriff hatten (anders als Marx). „Ideologie“ wurde im überwiegenden Sprachgebrauch synonym mit „Weltanschauung“ verwendet. Diese wiederum war nach herrschender Meinung eine wissenschaftliche. Insofern fehlte für die Unterscheidung von Ideologie und Wissenschaft schon begrifflich die Voraussetzung. Nicht nur, aber zu einem beträchtlichen Teil waren diese wissenschaftlichen Mitarbeiter im Marxistisch-Leninistischen Grundlagenstudium untergebracht. Dort verantworteten sie die gesellschaftswissenschaftlichen Pflichtveranstaltungen, die Studierende aller Fächer zu absolvieren hatten. Von dort aus realisierten sie häufig auch die schwungvollsten Karriereoptionen: den Aufstieg in Professuren, Leitungspositionen und (vor allem ministerielle) Beiräte, den Zugang zu Forschungsressourcen und zu Westreisegelegenheiten.

Die Texte, die sie produzierten, lassen sich größtenteils als realsozialistische Scholastik kennzeichnen, die historisch und empirisch nicht zu irritieren war. Sie kannte statt forschender Ungewissheit über den Ausgang ihrer Anstrengungen nur die Gewissheit, dass vorfindliche Lehrsätze (meist von Marx, Engels, Lenin, daneben Ulbricht, Hager, Honecker usw.) durch Entfaltung in widerspruchsfreien Argumentationssystemen „bewiesen“ werden können. Verschiebungen traten hier lediglich dann auf, wenn es politisch bedingt zu Neuakzentuierungen kam, bspw. Stalin plötzlich kein Klassiker mehr und damit ein Großteil des Zitatenschatzes obsolet geworden war.

(2) Die Wahrnehmungen anderer sind auf vereinzelte Spitzenforschungen fixiert – so vereinzelt vorgekommen, wie wohl in jedem Wissenschaftssystem der Welt, neuerdings als „Exzellenz“ populär geworden, seinerzeit als „Weltniveau“ geadelt. Hier lassen sich etwa nennen: die Forschungen zur Französischen Revolution in Leipzig, zur Strukturellen Grammatik in Ost-Berlin (immer wieder verwiesen wird auf Manfred Bierwischs Aufsatz zum Strukturalismus, erschienen 1966 im „Kursbuch“), der Band „Gesellschaft – Literatur – Lesen. Literaturrezeption in theoretischer

Sicht“ (Naumann u. a. 1973) und die weiteren Arbeiten zur Rezeptionstheorie mit ihrer Nähe zur Rezeptionsästhetik in Konstanz und andernorts, die AdW-Projekte „Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache“ (Klappenbach, Steinitz 1964-1977) und das „Etymologische Wörterbuch des Deutschen“ (Pfeifer 1989), eine Geschichte des Luftkriegs von 1910 bis 1980 (Groehler 1981), das „Wörterbuch der Kybernetik“ (Klaus 1967), die Arbeiten der Werner-Krauss-Schule, das bis heute fortgeführte „Allgemeine Künstlerlexikon“ als „Thieme-Becker“-Nachfolger, das „Lexikon der Kunst“ (Olbrich 1987-1994), aus dem Forschungszusammenhang des AdW-Zentralinstituts für Literaturgeschichte das „Historische Wörterbuch ästhetischer Grundbegriffe“ (Barck u. a. 2000-2005), die Arbeiten der Philosophen Lothar Kühne oder Wolfgang Heise zu einer (im besseren Sinne des Wortes) kommunistischen Ästhetiktheorie, dazu eine Reihe von Editionsprojekten wie die Frege-Ausgabe (Frege 1973) oder die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²), ebenso die in der DDR weitergeführten älteren Editionen, etwa die *Inscriptiones Graecae* (begonnen 1815).

(3) Davon abzusetzen sind Arbeiten, die innerhalb des systemischen Kontextes der DDR wissenschaftliche Ereignisse waren, mit dessen Wegfall aber nur noch wissenschafts- oder/und ideengeschichtliche Relevanz haben: Mit dem Kontext haben sich auch die Themen erledigt, etwa die Forschungsfragen, ob und wie sich Luther, Friedrich II. oder Bismarck in das Erbe-Verständnis des sozialistischen Staates integrieren lassen sollten. Hier sind aber auch Arbeiten zu erwähnen, die durch ihre Quellen-Aufarbeitungsleistung beeindruckten, heute jedoch hinsichtlich ihrer Bewertungen des Materials als ideologisch überkontaminiert gelten. Beispiele dafür sind die sieben Bände „Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933–1945“, erschienen 1978 bis 1981, oder Jürgen Kuczynskis 40 Bände zur Geschichte der „Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus“.

(4) Weniger im Blickfeld und daher ausdrücklich zu erinnern ist, dass in den DDR-Gesellschaftswissenschaften schließlich eine breite Basis solider Forschung anzutreffen war, mit Fleiß betrieben, mit Ergebnissen von Re-

levanz, ohne Paradigmen zu stürzen, zum Teil als Wald-und-Wiesen-Forschung, um zeitgenössische Wissensbedarfe zu bedienen, die überzeitlich nicht belangvoll sind, also kurz: die Arbeit im Rahmen der Normalwissenschaft, wie sie allerorten die unerlässliche Basis bildet, auf der sich gelegentlich Außergewöhnliches erhebt. Unter den in diesem Segment produzierten Texten überwiegen solche, die bedeutsam innerhalb des systemischen Kontextes des realen Sozialismus bzw. des DDR-Systems waren. Die DDR-Bindung von Themen hat hier vieles obsolet gemacht: Die sozialistische Betriebsführung, die Frage nach dem Entwicklungsstadium, in dem sich die DDR befand („entwickelte sozialistische Gesellschaft“ oder „sich entwickelnde sozialistische Gesellschaft“), das Verhältnis von Christen und Marxisten in seiner machtasymmetrischen Ausprägung oder das Verhältnis der SED zu den Blockparteien – diese und andere Themen sind selbst dann der Irrelevanz anheimgefallen, wenn die Texte, die dazu geschrieben worden waren, kluge Thesen und Argumentationen enthalten. Von Interesse können sie allein noch für Historiker sein. In Teilen können sie zu den interessanteren Elementen einer DDR-Ideengeschichte zählen (falls diese jemand zu schreiben beabsichtigt).

Im Übrigen ist hier eines nicht nur DDR-typisch: Der größte Teil jeglicher Fachliteratur erfüllt seine wissenschaftliche Funktion dadurch, eine Meldung im Rahmen einer Diskussion zu sein, die eine Zeitlang ebendiese Diskussion zu beeinflussen sucht, sie u. U. auch zu prägen vermag, alsbald aber erledigt wird durch nachfolgende Publikationen. Die Ausnahmen von dieser Regel werden nur dadurch zu diesen Ausnahmen, dass die Regel gilt.

Es gab also als Wissenschaft missverstandene Ideologie, einzelne Spitzenforschungen von entweder systemübergreifender oder systemgebundener Bedeutsamkeit und ein breiteres Feld solider Arbeiten. Die öffentliche Erinnerung, was denn DDR-Gesellschaftswissenschaft gewesen sei, prägen allerdings die Ideologieprodukte, die Lehr- und Wörterbücher für Marxistisch-leninistische Philosophie oder Wissenschaftlichen Kommunismus etwa. Das mag insofern auch gerechtfertigt

sein, als dieser Bereich womöglich das größte Segment der DDR-Gesellschaftswissenschaften bildete (was bislang noch niemand ermittelte hat).

Zweite Wissenschaftskultur

Nicht alle, die der Umbruch aus akademischen Beschäftigungsverhältnissen herausgeschleudert hatte, mochten sich dann damit einfach abfinden. Sie schritten zu privatrechtlichen Vereinsgründungen: als quasi-institutionalisierende Gegenstrategie zur individuellen wie kollektiven Entinstitutionalisierung. In den Vereinen wurde (und wird zum Teil noch) ein reges Veranstaltungs- und Publikationswesen entfaltet. Sie bildeten die organisatorische Struktur eines postsozialistischen Wissenschaftsmilieus. Sie fungierten ersatzweise als neue akademische Hauptgeschäftsstellen, ohne indes mit der Ausstrahlung der staatlich finanzierten Einrichtungen mithalten zu können.

Stefan Berger (2002: 1016f.) hat diese Aktivitäten am Beispiel der Geschichtswissenschaft näher beschrieben. Nach 1989 wurde, so formulierte er, aus der DDR-Wissenschaft ein „Kuriositätenkabinett“, mit dessen Personal z. B. westdeutsche Historiker nichts mehr tun haben wollten: „Die vor 1989 zunehmende Bereitschaft einer westdeutschen Anerkennung der ostdeutschen Geschichtswissenschaft, der man z.T. einen hohen Grad von theoretischer und methodologischer Unabhängigkeit von politischer Gängelung bescheinigte, wich nun einer Pauschalverdammung. Zahlreiche Arbeiten zur DDR-Geschichtswissenschaft, die nach 1990 erschienen, gingen von der Grundannahme eines qualitativen Grabens aus, der die Wissenschaftssysteme beider Deutschlands trenne“.

Der Begriff „Zweite Wissenschaftskultur“ trifft zwei zentrale Punkte: Es war eine andere Kultur, und es war eine nachgeordnete Struktur. Der Integrationsmodus der Vereine funktionierte über vier Mechanismen: Gemeinsamkeiten der thematischen Interessen, die Ablehnung einer Delegitimierung der DDR (was als Delegitimierung der eigenen Lebensleistungen wahrgenommen wurde), die Bezug-

nahme auf Forschungsergebnisse der DDR-Wissenschaft (die ansonsten häufig als ‚nicht zitationsfähig‘ betrachtet werden) sowie Referenten- und Autorennetzwerke, die nicht zuletzt für die Pflege der akademischen Feier- und Festschriftenkultur aktiviert wurden.

Als Zerfallsprodukte einer Personen- und Programmabwicklung standen diese Vereine am Ende von Berufsbiografien, Forschungsrichtungen oder -perspektiven. Sie repräsentierten insoweit ausgelaufene Modelle, haben aber ihre Funktion gehabt: sowohl in der Bereitstellung einer Kommunikations- und Resonanzstruktur für wissenschaftliches Weiterarbeiten als auch dadurch, dass auf sie ein beträchtlicher Teil der Dokumentationen zur DDR-(Gesellschafts-)Wissenschaftsgeschichte zurückgeht. Denn die Zweite Wissenschaftskultur hatte einen wesentlichen Anteil an dem zweiten Aspekt des postmortalen Nachlebens: die Dokumentation ausgewählter Hinterlassenschaften der DDR-Gesellschaftswissenschaften, die Sicherung von Datenbeständen, die Aufzeichnung von Erfahrungen der Protagonisten in Gestalt selbstreflexiver Autobiografien und reflexionsentlasteter Darstellungen, schließlich wissenschaftliche Erkundungen durch Dritte.

Literatur seit 1990: Erinnerungen, Dokumentationen, Studien

Seit 1990 sind rund 1.900 selbstständige Publikationen (Monografien, Sammelbände, Kataloge, CD-ROMs usw.) zu den DDR-Gesellschaftswissenschaften erschienen – statistisch 30 Jahre lang alle sechs Tage ein neuer Titel. Wer dies intensiver zur Kenntnis nehmen wollte, hätte sich auf die Lektüre von etwa 500.000 Seiten einzustellen.³ Hinzu tritt eine unüberschaubare Zahl von Zeitschriftenaufsätzen und Artikeln in Sammelbänden. Diese Literatur stammt zu einem Großteil von ehemaligen Protagonisten, die sich nun verpflichtet sehen, die Rolle der Zeitzeugen an- und wahrzunehmen. Daneben haben seinerzeit nicht Beteiligte zahlreiche Monografien und Tagungsbände vorgelegt.

Hier lässt sich eine durchaus kontraintuitive Beobachtung machen: Beide Verfasser-

gruppen pflegen eine Privilegierung der Devisanz. Es fällt in der seit 1990 erschienenen Literatur eine bemerkenswerte Präsenz von Konfliktdarstellungen auf. Der Intuition widerstreitet dies, da die dominierende wissenschaftshistorische Rückschau überwiegend ein Bild des Einverständnisses zwischen Politik und Gesellschaftswissenschaften in der DDR zeichnet. Zwei Arten von Konfliktdarstellungen finden sich:

Zum einen erhalten die Häretiker der marxistischen Gesellschaftswissenschaften herausgehobene Aufmerksamkeit. Zu Wolfgang Harich etwa sind seit 1990 32 Bücher erschienen, zu Rudolf Bahro elf. Diese und andere Häretiker wichen von der vorherrschenden Dogmatik ab, und ihre Abweichungen galten in der offiziellen Wahrnehmung als Irrlehren. Sie waren meist radikaldemokratisch-kommunistisch orientiert und hatten sich typischerweise aus vorangegangener Glaubensfestigkeit zu ihrer dann dogmatisch abweichenden Position vorgearbeitet. Ihre Konflikte kulminierten berufsbiografisch in zeitweiligen Karriereturbulenzen, im endgültigen Karriereabbruch oder im definitiven beidseitigen Bruch. Im Verhältnis zu ihrer geringen Zahl sind die Häretiker im Schrifttum zu den DDR-Gesellschaftswissenschaften, soweit es nach 1989 erschien, massiv überrepräsentiert.

Zum anderen werden auch für den gesellschaftswissenschaftlichen Normalbetrieb und seine Protagonisten in beträchtlicher Anzahl und Dichte Schilderungen der Normabweichung und daraus folgender Konflikte geliefert – bei Übereinstimmungen mit dem sozialistischen System im Grundsatz. Diese Konfliktdarstellungsdichte kollidiert damit, dass in der retrospektiven Betrachtung das Bild politisch durchnormierter und entsprechend formatierter DDR-Gesellschaftswissenschaften dominiert (mit Abweichungen im Detail, abhängig vom Fach, Institutionentyp und von der jeweiligen politischen Zeitatmosphäre). Hier scheint aber eine Akzentuierung den Unterschied zu machen: Auf der einen Seite gelten (den meist externen) Betrachtern das Einverständnis mit den Prämissen des Systems und deren Integration in die Forschungsprogramme als Merkwürdigkeit, da sie dem universalistischen Er-

klärungsanspruch der Wissenschaft zuwiderlaufen. Andererseits aber gilt dieses Einverständnis den Beteiligten als biografische Grundentscheidung, die man aus interner Perspektive gut begründet sieht.

Dabei kam – entgegen heutigen Absurditätswahrnehmungen über die Verflechtung von Wissenschaft und Politik in der DDR – eine spezifische Rationalität zum Zuge: Die DDR und mit ihr ihre Gesellschaftswissenschaften sahen sich, neben den anderen sozialistischen Ländern, als Vollstrecker eines historischen Gesetzes, wonach die Befreiung von Ausbeutung die unabwiesbare Aufgabe der Gegenwart darstelle.⁴ Da dieses Gesetz – im eigentlichen eine teleologische Annahme – selbst wissenschaftlich hergeleitet wurde, konnte Forschung jenseits dieses Rahmens nur als irrational erscheinen und war daher nicht weiter zu verfolgen.

Im Rahmen dieser Bindung an ein historisches Projekt ging es um wahrheitsfähige Aussagen, das heißt: Einerseits war die Vereinnahmung nicht nur oktroyiert; die Gesellschaftswissenschaften wurden nicht nur als dienender Teil der (gemeinsamen) politischen Bewegung verstanden, sondern verstanden sich auch selbst so. Andererseits war das Ansinnen an die Gesellschaftswissenschaften, sowohl politische Maximen und Beschlüsse wissenschaftlich bestätigen zu sollen als auch Beiträge zur Optimierung gesellschaftlicher Prozesse zu erbringen, widersprüchlich. Die Maximen und Beschlüsse bauten auf Wunschbildern der gesellschaftlichen Realität auf. Sie mussten durch z. B. empiriegestützte Untersuchungen notwendig irritiert werden, da sich die Realität Wunschbildern typischerweise nicht vollständig fügt. Die wissenschaftliche Umsetzung des politischen Auftrags an die Forschung musste mit der Doktrin in Konflikte geraten, weil weder Erkenntnisweise noch Untersuchungsgegenstände sich ohne weiteres in die Doktrin integrieren ließen. Das produzierte die Systemoptimierungskonflikte.

Um es etwas ausführlicher zu plausibilisieren: Das seit den 1960er Jahren wirkmächtige Produktivkraft-Paradigma eröffnete einen Horizont, der es einerseits nachvollziehbar machte, warum es mit der realen Emanzipation

noch nicht so weit her war, andererseits in Aussicht stellte, dass diese alsbald gelingen könne. Auf entsprechender Produktivkraftstufe werde es, so Karl Marx in den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“ (1857/1858), nicht mehr der Arbeiter sein, „der modifizierten Naturgegenstand als Mittelglied zwischen das Objekt und sich einschleibt; sondern den Naturprozeß, den er in einen industriellen umwandelt, schiebt er als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur, deren er sich bemeistert. Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein.“ (Marx 1983: 601)

Das nach wie vor gegebene Gefangensein der Arbeit im Takt der Maschine und die politische Unfreiheit konnten in diesem Horizont als so bedauerlich wie temporär abgetan werden. Zu ihrer Überwindung sei ‚lediglich‘ eines nötig: die technischen Entwicklungen hinzubekommen, welche das Produktivkraft-Niveau ermöglichten, um zu den Produktionsverhältnissen zu gelangen, die eine Basis der gesellschaftlichen Verhältnisse sicherstellen könnten, auf deren Dynamik dann auch die allgemeine Emanzipation zu verwirklichen wäre.

So wird das Bündnis zwischen Gesellschaftswissenschaften und Politik verständlich, das sowohl die hohen Stellenkapazitäten – also Ressourcen – für die Wissenschaft als auch die immer wieder erneuerte Motivation in der Wissenschaft, am politischen Projekt des Sozialismus mitzuwirken, sicherte. Erst so verstanden wird auch die zentrale Rolle der „Wissenschaftlich-technischen Revolution“ (WTR) in politischen wie wissenschaftlichen Kommunikationen plausibel, nämlich als dreifach codiert: Die Politik sah darin die Quelle ihrer (seit dem 17. Juni 1953 erkennbar prekären) Legitimität, insofern sich qua wissenschaftlich-technischem Fortschritt allgemeiner Wohlstand herstellen ließe. Die Wissenschaft sah in der WTR eine beständige Aktualisierung ihrer eigenen zentralen Rolle. Beide zusammen sahen darin die Chance für das Ziel der politischen Bewegung, der man sich gemeinsam zugehörig fühlte, die Ausbeutung zu beseitigen und zur allgemeinen Emanzipation zu gelangen.

Der Ausgangspunkt war also eine Selbst-

bindung der Wissenschaft an soziale Interessen, die wiederum angesichts des Zustands der Welt ein hohes Maß an Plausibilität genossen. Bestärkend wirkte dabei dreierlei: zum ersten die geringe Attraktivität des kapitalistischen Systems außerhalb seiner Prosperitätszonen Westeuropa, Nordamerika, Australien und Japan; zum zweiten die zu geringe Distanz der prosperierenden westlichen Demokratien zu Milieus und Regimen faschistischer und semi-faschistischer Färbung aller Art; zum dritten die Labilität der Kalten-Kriegs-Situation, deren Gleichgewicht des Schreckens nur aufrechterhalten war, wenn (auch) die sozialistische Seite stabil blieb.

Das bewirkte, dass die Selbstbindung an soziale Interessen transformiert wurde in eine Bindung an politische Interessen. Damit verlor das materialistische Wissenschaftsprogramm an Erklärungskraft, denn nun ging es nicht mehr allein um wahrheitsfähige Aussagen, sondern immer auch um die Funktionalisierung für politischen Machterhalt. Das wurde von den Wissenschaftler:innen durchaus erkannt, aber hingenommen: um der Sicherung einer historischen Perspektive für eine Gesellschaft der Ausbeutungsfreiheit willen.

Dass die Gesellschaftswissenschaften unmittelbar an diese politische Bewegung gebunden waren, hieß auch: Wissenschaften, die eigentlich Hypothesen und Theorien testen, also kognitiv Alternativen erproben müssen, waren Teil eines bewegungsförmig organisierten Staates, der Disziplin, Einheit und Geschlossenheit („keine Fraktionsbildungen!“) für absolut prioritär erachtete, mithin Alternativen nicht offen zur Diskussion stellen konnte. Die Umstände des Kalten Krieges machten es nicht einfacher, hier zu einem Umdenken zu gelangen.

Doch fand im Rahmen dieser Normalwissenschaft auch etwas statt, das es nach dem DDR-Zusammenbruch ermöglichte, sich selbst intellektuelle Redlichkeit zu attestieren: Da jeder professionell nachdenkende Mensch, wie es Wissenschaftler:innen sind, auch zu Denkergebnissen kommt, mussten sich mindestens gelegentlich Dissonanzen zu Realentwicklungen ergeben. Verschärft wurde das durch die ‚politische Linie‘, die ebenso verbindlich wie

mitunter wechselhaft war. Dann konnte es Streit mit den Funktionären geben. Dieser ging um die Gestaltung des gemeinsamen politischen Projekts, nicht um dessen Infragestellung. So kam es zu Systemoptimierungskonflikten. Insofern erinnern DDR-Gesellschaftswissenschaftler:innen zu Recht im Nachhinein nicht allein die politische Übereinstimmung, sondern ebenso die Konflikte mit politischen Ansinnen, denen sie ausgesetzt waren. Hier gibt es eine deutliche Diskrepanz zwischen der Fremdeinschätzung der Gesellschaftswissenschaftler als konform und ihrer retrospektiven Selbstwahrnehmung als kritisch (Sparschuh 2005: 7). Indes verfehlt dabei keine der beiden Seiten ihren Betrachtungsgegenstand vollständig. Den Unterschied macht die Perspektive und das, was dabei jeweils abgeblendet wird: „die ehemaligen Akteure sehen, was sie *gemacht* haben, und Außenstehende das, was *unterblieb*“ (Fischer 2011: 70).

Wissenschaft aus zweiter Hand

Heute sind die Arbeitsergebnisse der DDR-Gesellschaftswissenschaften im ersten Zugriff fast ausschließlich aus zweiter Hand und gebrochen durch die Optik des 1989-Filters verfügbar. Es ist eine ausgreifende Literatur über die DDR-Gesellschaftswissenschaften entstanden, und gleichzeitig sind die DDR-Gesellschaftswissenschaften mit ihren Originalprodukten selbst weitgehend unsichtbar geworden. Als Gründe dafür sind drei sich gegenseitig verstärkende Umstände zu identifizieren:

(1) Die Anfang der 1990er Jahre unternommenen Evaluationen der DDR-Wissenschaftsinstitutionen und die weitgehende Abwicklung der gesellschaftswissenschaftlichen Institute haben eine seither dominierende Einschätzung hinterlassen: Die in der DDR betriebenen Gesellschaftswissenschaften seien vollständig durchideologisiert gewesen. In den letzten 30 Jahren unternommene Untersuchungen bestätigen dieses Bild ebenso, wie sie zugleich Hinweise auf partielle Abweichungen vom Gesamtbefund geben. Doch insgesamt gelten die DDR-Gesellschaftswissenschaften

weithin als ‚abgeschlossenes Sammelgebiet‘. Dieses könne allenfalls Gegenstand von historischer Analyse sein, nicht aber aus eigenem Recht einen Platz im wissenschaftlichen Diskurs beanspruchen.

(2) Für die weitgehende Unsichtbarkeit von Originalprodukten der DDR-Gesellschaftswissenschaften sorgt ebenso der Umstand, dass Wissenschaft auch ein soziales System ist. Daher ist die Präsenz von fachlichen Positionen wesentlich an die Präsenz von sozialen Trägern – Personen, Gruppen, Institutionen, Zeitschriften, wissenschaftlichen Schulen und akademischen Schüler:innen – gebunden. Die anhaltende Präsenz wissenschaftlicher Leistungen im akademischen Leben ist immer auch davon abhängig, dass sie durch inhaltliche Bezugnahmen, Zitationen und Kritik im Bewusstsein der jeweiligen Fachöffentlichkeit gehalten werden. Diesbezüglich hat die insgesamt geringe Präsenz früherer DDR-Gesellschaftswissenschaftler im heutigen Forschungsbetrieb Auswirkungen: Auch Forschungsergebnisse, die anhaltende Gültigkeit beanspruchen dürfen, werden in deutlich geringerem Maße zitiert, als dies bei denjenigen anderer, z. B. altershalber, aus dem aktiven Dienst ausgeschiedenen Wissenschaftlern der Fall ist.

(3) Und schließlich machen es DDR-spezifische Darstellungs- und Formulierungsweisen dem heutigen Leser oft mühsam, aus den Texten das zu erschließen, was an Aufschlussreichem (auch) in ihnen steckt. Ein Großteil der überlieferten Texte ist gekennzeichnet durch den Einsatz politischer Formeln als wissenschaftliche Argumente, eine schablonenhafte Sprache, die übermäßige Verwendung von Passivkonstruktionen und Genitivhäufungen, eine eingeschränkte Lexik und verunklarende Formulierungen, um entweder Problematisches oder Trivialitäten zu kaschieren. Sprachlich wurden so Prozesse in Statik umgewandelt (Thiel 2010: 162). Diese weitflächige Infektion wissenschaftlicher Texte durch die parteibürokratische Sprache der offiziellen politischen Kommunikation mindert nicht nur den Lesespaß. Sie erschwert auch den Zugang zu den Inhalten. Allerdings waren die verklausalierenden Sprachregelungen auch implizit standardisiert, so dass sie mithilfe eines De-

codierungsschemas entschlüsselt werden können (siehe Tabelle 1).

Das Schema lässt erkennen, dass das Verhältnis von Politik und Gesellschaftswissenschaften in den Mittelpunkt gerückt ist. Dies bedingt die Privilegierung der entsprechenden Kommunikationsrichtung (extern → intern). Allerdings enthält es mit der Spalte „wissenschaftsinterne Umsetzung“ auch die Kommunikation intern → extern: Die Gesellschaftswissenschaften berücksichtigten politische Ansprüche auch deshalb, um eigene Anliegen, Ideen, Erkenntnisinteressen und Fragestellungen zu transportieren, d. h. nicht nur, um politischen Beratungsbedarf zu befriedigen.⁵

Jedenfalls verdeutlicht das Schema, dass es der Entschlüsselung von Sprachregelungen bedarf, wenn man DDR-Texte verstehen möchte – wie es in anderen Kontexten selbstverständlich ist: Niemand würde bspw. auf die Idee kommen, die Euphemismen der Sprache von Immobilienmaklern eins zu eins zu nehmen. Vielmehr decodiert man dort routiniert „kompakt“ als winzig, „charaktervoll“ als alt und vergammelt oder „immenses Potenzial“ als Umschreibung für abbruchreif (Thomas 2020).

Zugleich muss konstatiert werden, dass sich die DDR-Gesellschaftswissenschaften mit ihren Sprachregelungen nicht erst heute, sondern auch schon seinerzeit selbst im Wege standen. Das lässt sich am besten an einem Beispiel verdeutlichen: Der Leipziger Politikforscher Kurt Schneider leitete von den 1970er Jahren bis 1990 eine Forschungsgruppe „Sozialistische Mehrparteiensysteme“. In dieser erforschte er jahrzehntelang eine Demokratiesimulation, und zwar mit dem beständigen Ergebnis, es handle sich dabei um (sozialistische) Demokratie. Doch habe, so berichtet ein Zeitzeuge, im Laufe der Zeit auch bei ihm eine Nachdenklichkeit darüber eingesetzt, wohin die politische Entwicklung der DDR wohl treibe.

1988 hielt Schneider vor 300 Teilnehmer:innen das Hauptreferat einer wissenschaftlichen Arbeitstagung seiner Forschungsgruppe. Darin habe er für „tiefgreifende gesamtgesellschaftliche Wandlungen des Sozialismus“ plädiert. Diese Wandlungen bezeichnete er „als eine

Tabelle 1: Schema zur Decodierung standardisierter Sprachregelungen

Externe Vorgabe	wissenschaftsinterne Umsetzung		Funktion der Umsetzung	Decodierung
Lösungsorientierung der Gesellschaftswissenschaften	statt Benennung von Problemen: Benennung von Lösungen		Vermeidung des Vorwurfs defätistischer Betrachtungsweise und Sicherung der Veröffentlichung	Retro-Identifizierung: Ermittlung des zugrundeliegenden Problems aus vorgeschlagener Lösung
	neutrale Beschreibung eines Sachverhalts als verschleiernde Problembezeichnung(en)			Deutung der Sachverhaltsbeschreibung als Problembeschreibung
	Nutzung eines Verschleierungsvokabulars			die Konventionen erkennen und entsprechende Übersetzungen vornehmen: „weiterentwickeln“ in „endlich entwickeln“, „noch besser umsetzen“ in „endlich umsetzen“ usw.
	Erfindung von dialektischen Verhältnissen als sprachliche Ausdrücke für Widersprüche und/oder Probleme			„Dialektik von ...“ als Codewort lesen, das auf Probleme verweist
Passung zum politischen Selbstverständnis des Sozialismus	Einordnung in die der Arbeiterklasse zugeschriebene historische Mission: ausbeutungsfreie Gesellschaft		Signalisieren des Einverständnisses mit dem normativen Ziel	Prüfung der Argumentation bzw. empirischen Ergebnisse auf Geltung auch jenseits des normativen Ziels
	Zitat(e) politischer Autoritäten oder Programmpapiere		sofern Zitat(e) nicht argumentationstragend: Textabsicherung	Schnellprüfung: Zitat(e) als Ausgangspunkt der Argumentation oder als Textornament ohne inhaltliche Bedeutung?
Passung zum Historischen Materialismus	Inszenierung von Innovativem als Entfaltung des Kanonischen: verklausulierende Sprachregelungen		Übersehbarkeit bei oberflächlicher Lektüre	Prüfung positiv formulierter Mitteilungen auf implizite Problem- oder Defizitanzeigen
	Tiefstapelung von Innovativem als Zwischenresultat		Rückholbarkeit, um etwaige Debatten zu entschärfen	Umformulierung des unverbindlich Wirkenden in verbindliche Sprache
Parteilichkeit der Gesellschaftswissenschaften	Verpacken	unverfänglicher Titel: je heikler der Inhalt, desto unauffälliger der Titel (die Umkehrung gilt nicht)	Kaschierung widerstreitender Zieldefinitionen (Wissenschaft vs. Politik) bei gleichzeitigem Signalisieren von Zielkonformität	Titelformulierung nicht von vornherein als Indikator der Irrelevanz eines Textes nehmen
		ideologische Einordnung		Prüfung der Funktion → wenn für die Argumentation irrelevant: ignorieren
		Zitate politischer Autoritäten		

Fortführung der sozialistischen Revolution“. Und „in aller Deutlichkeit“, so der Zeitzeuge, habe Schneider erklärt: „Die Kernfrage dieses Prozesses ist, und das sei betont, die Frage der Macht, Macht ausgeübt durch das Volk als tätiges Subjekt zur Verwirklichung des Sinns des Sozialismus“ (Weiß 2015: 389).

Was wird beim zeitgenössischen Zuhörer davon angekommen sein? Mit hoher Wahrscheinlichkeit dies: 1. Die sozialistische Revolution ist fortzuführen. 2. Die Kernfrage ist die

Frage der Macht. 3. Das Volk verwirklicht den Sinn des Sozialismus. Die üblichen Phrasen also, so wird der resümierende Eindruck gewesen sein, denn: „Wandlungen“ hat auch das SED-Politbüro unablässig gefordert, „tiefgreifend“ sollten diese auch immer sein. Dies konnte insofern nicht überraschen. Dass die sozialistische Revolution fortzuführen sei, mag dann, wenn ihre Erstarrung damit thematisiert werden soll, eine politisch brisante Aussage gewesen sein. Aber verstanden wurde wohl:

Dem fällt auch nichts weiter ein, als das, was in die verfahrenere Situation erst geführt hat, nun auch noch „fortführen“ zu wollen. Und dass die Macht durch das Volk auszuüben sei, war gewiss ebenfalls kaum als kritischer Einwurf zu verstehen. Schließlich betonte die SED-Führung unablässig, dass genau dies geschehe.

Was Kurt Schneider da 1988 in Leipzig vortrug, mag also womöglich kritisch gemeint gewesen sein. Doch die Lexik, mit der er es vortrug, und die Einbettung in den Kontext der damaligen politischen Kommunikation verhinderten, es dann auch so zu verstehen, wie es gegebenenfalls gemeint war.

Fazit

„Der Anfang vom Ende ist immer diskret“ (Enzensberger 1978: 9): Dies galt auch für die DDR. Das Ende der DDR wäre auch ohne ihre Gesellschaftswissenschaften gekommen. Aber neben Kunst und Kultur waren es die Gesellschaftswissenschaften, die für die Diskretion sorgten, mit ihren Leistungen und ihren Fehlleistungen. Mit den einen legitimierten sie sich universalistisch als Wissenschaften, mit den anderen partikularistisch als staatliche Wissenschaft.

Gab es dabei Innovationen, so mussten sie sich in dieser politisch-epistemischen Anordnung als Entfaltung des Kanonischen tarnen. Innovation jedoch ist zunächst immer das Noch-nicht-Mehrheitsfähige, benötigt also eine Umgebung, die gewähren lässt, um testen zu können, ob die Innovation mehrheitsfähig, mithin zum Mainstream werden kann. Dieser erstarrt irgendwann zur Orthodoxie, um damit reif zu sein für die Ablösung durch die nächste Innovation. Gesellschaftswissenschaftliche Innovationen in der DDR aber waren darauf angewiesen, sich mindestens als Mainstream, häufig auch als Orthodoxie zu inszenieren. Die Technik dieser Inszenierung waren codierte Sprachregelungen, die es dem heutigen Leser oft erschweren, das Innovative, so es vorhanden ist, in DDR-gesellschaftswissenschaftlichen Texten zu erschließen.

Anmerkungen

- 1 Der Beitrag synthetisiert Ergebnisse aus einer Reihe von Untersuchungen: Pasternack (1996, 1999, 2016, 2019); Bloch, Pasternack (2004); Hechler, Pasternack (2013); Pasternack, Sackmann (2013). Zu Materialgrundlagen und Methoden siehe dort.
- 2 Bei den Angaben handelt es sich um plausible Schätzungen. Diese beruhen auf einer Zusammenschau zahlreicher, aber in den methodischen Details schwer miteinander vergleichbarer und aufeinander beziehbarer Erhebungen zu Personal und Personalstruktur, die zudem fast alle aus den 1990er Jahren stammen, d. h. aus einer Zeit, in der eine abschließende Bilanzierung der Verbleibsquoten noch nicht möglich war (Meske 1993; Meyer 1993; Pasternack 1996; Neie 1996; Buck-Bechler u. a. 1997; Lewin 1997; Burkhardt 1997; Gutjahr-Löser 1997; Hildebrandt 1997; Raiser 1998; Hecht 2002; Post 2005). Eine abschließend bilanzierende Erhebung gibt es nicht. Das kann vielleicht erstaunen, doch nur solange, bis man sich vergegenwärtigt, ob einer der denkbaren Auftrag- und Geldgeber ein Interesse an den Ergebnissen hätte haben können.
- 3 Bis zum Erscheinungsjahr 2015 bibliografisch dokumentiert in Pasternack, Hechler (2016); Fortsetzung laufend in der Zeitschrift „die hochschule“ (www.die-hochschule.de).
- 4 Das Ziel an sich genießt übrigens systemübergreifende Akzeptanz, vgl. etwa Art. 167 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Bayern: „Die menschliche Arbeitskraft ist als wertvollstes wirtschaftliches Gut eines Volkes gegen Ausbeutung, Betriebsgefahren und sonstige gesundheitliche Schädigungen geschützt“ (Herv. PP).
- 5 Es mag hier auch sinnvoll sein, den unmittelbaren Auslöser dafür, das Schema zu entwickeln, zu benennen. Das war eine Erfahrung im Zusammenhang mit studentischen Abschlussarbeiten: Die (nachgeborenen) Studierenden nahmen in den DDR-Texten Ausdrucksformen und Botschaften eins zu eins, da es ihnen schwer fiel, die Textgestaltungen als codierte zu lesen, sie in die zeithistorischen Kontexte einzuordnen und so auch die Nuancen zu erfassen, die Abweichungen vom Mainstream signalisieren.

Literatur

- Barck, Karlheinz; Fontius, Martin; Wolfzettel, Friedrich; Steinwachs, Burkhardt (Hg.) (2000-2005): Ästhetische Grundbegriffe. Historisches Wörterbuch in sieben Bänden. Stuttgart, Weimar.
- Berger, Stefan (2002): Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative

- historische Kultur im Osten Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 11, S. 1016-1034.
- Bierwisch, Manfred (1966): Strukturalismus. Geschichte, Probleme und Methoden. In: Kursbuch 5, S. 77-152.
- Bloch, Roland; Pasternack, Peer (2004): Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin. Eine Transformationsfolgenanalyse. Wittenberg. URL: http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2004.pdf (Abruf: 14.03.2021).
- Buck-Bechler, Gertraude; Schaefer, Hans-Dieter; Wagemann, Carl-Hellmut (Hg.) (1997): Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zur Hochschul-erneuerung. Weinheim.
- Burkhardt, Anke (1997): Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport. Wittenberg.
- Eichhorn, Wolfgang Peter (1976): Gesellschaftswissenschaften, in: Klaus, Georg; Buhr, Manfred (Hg.): Philosophisches Wörterbuch. Leipzig, S. 487-490.
- Enzensberger, Hans Magnus (1978): Der Untergang der Titanic. Eine Komödie. Frankfurt a. M.
- Fischer, Christin (2011): Soziologische Lehre und Studium in der DDR zwischen politischer Staatsideologie und wissenschaftlicher Gesellschaftsaufklärung. Untersucht am Beispiel der Martin-Luther-Universität. Diplomarbeit, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Halle (Saale), unveröffentlicht.
- Frege, Gottlob (1973): Schriften zur Logik. Aus d. Nachlass, hrsg. von Lothar Kreiser. Berlin.
- Groehler, Olaf (1981): Geschichte des Luftkrieges 1910 bis 1980. Berlin.
- Gutjahr-Löser, Peter (1997): Die Umgestaltung der Universität Leipzig nach der Wende. In: Rektorat der Universität Leipzig (Hg.): Wissenschaftsstandort Leipzig. Die Universität und ihr Umfeld. Beiträge der Konferenz anlässlich des „Dies academicus“ am 2. Dezember 1996. Leipzig, S. 23-42.
- Hechler, Daniel; Pasternack, Peer (2013): Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image. Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte. Leipzig.
- Hecht, Arno (2002): Die Wissenschaftselite Ostdeutschlands. Feindliche Übernahme oder Integration? Leipzig.
- Hildebrandt, Karin (1997): Außeruniversitäre Institute der Bildungsforschung in der DDR. Verbleib des erziehungswissenschaftlichen Potentials. In: Kell, Adolf; Olbertz, Jan-Hendrik (Hg.): Vom Wünschbaren zum Machbaren. Erziehungswissenschaft in den neuen Bundesländern. Weinheim, S. 90-122.
- Klappenbach, Ruth; Steinitz, Wolfgang (Hg.) (1964-1977): Wörterbuch der deutschen Gegenwarts-sprache (WDG). 6 Bände. Berlin.
- Klaus, Georg (Hg.) (1967): Wörterbuch der Kybernetik. Berlin.
- Lewin, Dirk (Bearb.) (1997): Datenalmanach zum Handbuch Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Weinheim.
- Marx, Karl (1983 [1857/1858]): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW Bd. 42. Berlin, S. 47-768.
- Meske, Werner (1993): Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz. Berlin.
- Meyer, Hansgünter (1993): Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland. Szenarien – Friktionen – Optionen – Statistik. Berlin.
- Mittelstraß, Jürgen (2002): Unverzichtbar, schwer kontrollierbar. Die Strukturkommission – Alibi oder zeitgemäßes Instrument der Hochschulpolitik? In: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.): 10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin. Essen, S. 29-32.
- Naumann, Manfred (Leitung und Gesamtreaktion) u. a. (1973): Gesellschaft – Literatur – Lesen. Literaturrezeption in theoretischer Sicht. Berlin, Weimar.
- Neie, Thomas (1996): Die Entwicklung des Personalbestandes an den ostdeutschen Hochschulen 1990–1993. In: hochschule ost 1, S. 133-148.
- Olbrich, Harald (Hg.) (1987-1994): Lexikon der Kunst. 7 Bde. Leipzig.
- Pasternack, Peer (1996): Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur. Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung „Geisteswissenschaften in der ehem. DDR (Konstanz 1990)“. Leipzig.
- Pasternack, Peer (1999): „Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin. Weinheim.
- Pasternack, Peer (2016): Die DDR-Gesellschaftswissenschaften post mortem: Ein Vierteljahrhundert Nachleben (1990-2015). Zwischenfazit und bibliografische Dokumentation, unter Mitarbeit von Daniel Hechler. Berlin.
- Pasternack, Peer (2019): Fünf Jahrzehnte, vier Institute, zwei Systeme. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und seine Kontexte 1964–2014. Berlin.
- Pasternack, Peer; Hechler, Daniel (2016): Annotierte Bibliografie. In: Peer Pasternack: DDR-Gesellschaftswissenschaften post mortem: 25 Jahre Nachleben. Zwischenfazit und Bibliografie 1990–2015. Berlin, S. 241-584.
- Pasternack, Peer; Sackmann, Reinhold (Hg.) (2013):

- Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts. Halle (Saale).
- Pfeifer, Wolfgang (Hg.) (1989): Etymologisches Wörterbuch des Deutschen. 3 Bände. Berlin.
- Post, Alfred (2005): Planung und Realisierung der neuen TU Dresden 1991 bis 1994. Gemeinsame Aufbruchjahre mit dem Rektor Günther Landgraf, Supplement zu Europäisches Institut für postgraduale Bildung an der TU Dresden (Hg.): Prof. Dr. Dr. Günther Landgraf – der TU Dresden verbunden. Dresden.
- Raiser, Thomas (1998): Schicksalsjahre einer Universität. Die strukturelle und personelle Neuordnung der Humboldt-Universität zu Berlin 1989-1994. Berlin, Baden-Baden.
- Sparschuh, Vera (2005): Von Karl Mannheim zur DDR-Soziologie. Generationendynamik in der Wissenschaft. Hamburg.
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hg.) (2002): 10 Jahre danach. Zur Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin. Dokumentation des gemeinsamen Symposions von Wissenschaftsrat, Stifterverband und VolkswagenStiftung am 8. und 9. Februar 2002 im Berliner Rathaus. Essen.
- Thiel, Rainer (2010): Neugier. Liebe. Revolution. Mein Leben 1930–2010. Berlin.
- Thomas, Gina (2020): Goodbye Master. In: F.A.Z., 10.7.2020, S. 9.
- Weiß, Lothar (2015): Zum Autor. In: Schneider, Kurt: Mein Wort zur Zeitgeschichte in „Leipzigs Neue“ 1993–2014. Ein Sammelband aus Anlass der Vollendung meines 85. Lebensjahres. Leipzig, S. 388f.

Berliner Debatte Initial 32 (2021) 1

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© **Berliner Debatte Initial e.V.**,
Ehrenpräsident Peter Ruben.
Berliner Debatte Initial erscheint viermal
jährlich.

Redaktionsrat: Harald Bluhm,
Wladislaw Hedeler, Cathleen Kantner,
Raj Kollmorgen, Rainer Land, Robert Stock,
Udo Tietz, Andreas Willisch.

Redaktion: Ulrich Busch, Erhard Crome,
Wolf-Dietrich Junghanns, Thomas Möbius,
Gregor Ritschel, Matthias Weinhold,
Johanna Wischner.

Redaktionelle Mitarbeit: Johannes Peisker,
Hans Zillmann.

Verantwortl. Redakteur: Thomas Müller.

Vi.S.d.P. für dieses Heft: Thomas Möbius,
Thomas Müller. **Satz:** Rainer Land.

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der
Redaktion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de
<http://www.berlinerdebatte.de/>

Berliner Debatte Initial erscheint bei
WeltTrends, Medienhaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26-53
D-14482 Potsdam
www.welttrends.de

Preise: Einzelheft 15 €,
Jahresabonnement 40 €, Institutionen 45 €,
Studenten, Rentner und Arbeitslose 25 €.
Für ermäßigte Abos bitte einen Nachweis
(Kopie) beilegen. Das Abonnement gilt
jeweils für ein Jahr und verlängert sich um
jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen
vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen: Einzelhefte im Buchhandel;
Einzelhefte (gedruckt oder als PDF) und ein-
zelne Artikel (als PDF) im Webshop:
<http://shop.welttrends.de/>
E-Mail: bestellung@welttrends.de
Telefon: +49/331/721 20 35
Fax: +49/331/721 20 36
(Büro WeltTrends)

Abonnement per Mail, telefonisch oder per Post

bestellung@welttrends.de
+49/331/721 20 35

WeltTrends, Medienhaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26-53
D-14482 Potsdam

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte Initial ab Heft

- Jahresabonnement 40 € (Institutionen 45 €).
- Abonnement ermäßigt 25 Euro (Studenten, Rentner, Arbeitslose etc.),
Nachweis bitte beilegen.

Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl: Ort: Telefon:

Ich weiß, dass ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen bei der Bestelladresse schriftlich
widerrufen kann.

Datum, Unterschrift: